



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 81634 - 33

Fernschreiber 0686890

P/XIV/144 - 2. Juli 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2            Der neue Bundespräsident vor schweren Aufgaben            58  
                      Nach der Wahl in Berlin

3 - 4            Friedrich Adler 80 Jahre            104  
                      Von Julius Braunthal,  
                      ehemaliger Sekretär der Sozialistischen Internationale

5                Englands Politik der "weichen Welle" in Nahost            52  
                      Steht London vor dem Abschluß eines Bündnisses mit Bagdad?

6                Wissenschaftler fordert:            49  
                      "Bundesregister für Erbkrankheiten"  
                      Hohe Strahlenempfindlichkeit des Erbgutes  
                      bei Tierversuchen registriert!

\* \* \*  
\* \* \*

Der neue Bundespräsident vor schweren Aufgaben

sp - Mit Abstand von der Wahl des neuen Bundespräsidenten Dr. h.c. Heinrich Lübke und mit dem Respekt, der dem Nachfolger im Amt eines Theodor Heuss gebührt, betrachtet die Deutsche Sozialdemokratie das Ergebnis von Berlin als eine demokratische Entscheidung. Trotz der durch Bundeskanzler Dr. Adenauer in den vergangenen Wochen erfolgten Abwertung dieses Amtes wird die Sozialdemokratie nicht zögern mitzuhelfen, den vom Bundeskanzler angerichteten Schaden wieder gutzumachen. Sie tut dies im Interesse der deutschen Demokratie, deren Bestand ihr wichtiger ist, als der auch in dieser Stunde notwendige Hinweis auf die zahlenmässige Überlegenheit der Kanzlerpartei.

Der bisherige Bundespräsident Prof. Theodor Heuss hatte den höchsten Amt im Staate kraft seiner Persönlichkeit eine überragende Bedeutung gegeben. Der neue Bundespräsident, Heinrich Lübke, steht vor der schweren Aufgabe, die junge von Heuss geschaffene Tradition fortzusetzen. In dem Masse, in dem ihm dies gelingt, wird er Anerkennung finden und alle Elemente vereinigen können, die wollen, dass die deutsche Demokratie nicht nur verfassungsmässig verankert ist, sondern auch zu einer lebendigen Kraft wird.

Wir sagen bewusst, dass Heinrich Lübke vor einer schweren Aufgabe steht. Dies weniger von der Person Lübkes her gesehen, sondern weil seine Partei ihn nach heftigen Auseinandersetzungen in den Vordergrund stellte und Bundeskanzler Dr. Adenauer in ihm zunächst den Parteimann erblickt. Was das bei der bekannten Art und Weise Adenauers, sein Amt auszuüben, bedeutet, braucht nicht im einzelnen erläutert zu werden.

Heinrich Lübke wird die so viel an ihm gerühmte westfälische Gradheit einsetzen müssen, um mit dem ihm auf diese Weise gestellten Problem fertig werden zu können. Alle guten Wünsche dürften Heinrich Lübke bei dem Versuch der Lösung gerade dieser Aufgabe begleiten.

In der ersten Periode der Existenz der Bundesrepublik waren das Amt des Kanzlers und des Präsidenten in den Händen von Männern verschiedener politischer Herkunft. Der Ausgleich zwischen unterschiedlichen geistig-politischen Strömungen konnte als gesichert gelten. In der Tat rechtfertigte Theodor Heuss das besonders in dieser Aufgabenstellung seines Amtes in ihn gesetzte Vertrauen.

Seit dem 1. Juli 1959 ist das anders. Die beiden höchsten Staatsämter in der Bundesrepublik werden von Männern besetzt, die derselben Partei angehören, dasselbe Glaubensbekenntnis haben und auch in der Betrachtungsweise der innen- und aussenpolitischen Probleme übereinstimmen. Mit dieser Feststellung sei angedeutet, dass der neue Bundespräsident einen wesentlich anderen Start hat, als vor zehn Jahren Theodor Heuss.

Stellt man diese Tatsache in Zusammenhang mit dem innenpolitischen Ringen um eine Politik, die uns der Wiedervereinigung des Vaterlandes in Freiheit und Frieden näherbringt, dann lässt sich die Größe auch dieser Aufgabe ermessen, vor der Heinrich Lübke steht.

Aber auch hierin kann der neue Bundespräsident der Unterstützung aller sicher sein, die in dem höchsten Amte unseres Staates mehr erblicken als nur eine durch das Grundgesetz gegebene Repräsentationsaufgabe.

Wir wollen nicht daran zweifeln, dass Heinrich Lübke von dem Wunsch besetzt ist, die durch die Umstände vor ihm stehenden Schwierigkeiten zu meistern. Aber aus der Geschichte wissen wir, um wievielen stärker Umstände sein können als der Wunsch eines Einzelnen.

Möge deshalb ein starker Wille zum Ausgleich und zur Unabhängigkeit die Taten des neuen Bundespräsidenten bestimmen!

+ + +

Friedrich Adler

Von Julius Braunthal,  
ehemaliger Sekretär der Sozialistischen Internationale

Der 80. Geburtstag Friedrich Adlers wird am 9. Juli in der ganzen sozialistischen Welt gefeiert. Er ist einer der wenigen Überlebenden aus der Generation großer Sozialisten, die die Tradition der Zweiten Internationale verkörperten. Er war der Baumeister der sozialistischen Arbeiterinternationale, die auf den Trümmern der Zweiten Internationale wiedererrichtet wurde und als deren Sekretär er 17 Jahre lang tätig war. Vor allem aber erinnert man sich seiner als einen der Märtyrer des sozialistischen Internationalismus; bei seinem Kampf, diese Idee in ihrer Reinheit zu bewahren, die ein Ausbruch des Nationalismus zu verschlingen drohte, sah er furchtlos der Aussicht, den Tod am Galgen zu erleiden, entgegen.

Die Ermordung des Ministerpräsidenten der Habsburgischen Monarchie im Jahre 1916 durch Adler, sowie die nachfolgende Gerichtsverhandlung, bildeten ohne Zweifel die dramatischste Episode in seinem langen und ereignisreichen Leben. Wie er in einer denkwürdigen Rede während seiner Verhandlung ausführte, sollte seine Aktion als ein Protest gegen das System des Despotismus und der brutalen Unterdrückung, wie auch gegen den Krieg mit seinem endlosen Elend, betrachtet werden. Adler wollte den Geist des Widerstandes gegen den Krieg bei den Arbeitern wecken und die Sozialistische Partei herausfordern über den letzten Zweck der sozialistischen Bewegung nachzusinnen. Für Adler war der Internationalismus ein wesentlicher Bestandteil des Sozialismus, und in der Internationale sah er ein Symbol und ein unerlässliches Instrument der Verwirklichung des Sozialismus. Der Zusammenbruch der Internationale beim Ausbruch des ersten Weltkrieges war für ihn eine große Tragödie. Er versuchte, die Partei von der Richtigkeit seiner Auffassung zu überzeugen, aber in diesem Kampf blieb er eine einsame Gestalt, denn die Mitglieder schienen von Apathie befallen zu sein. Darum beschloß er, ein Beispiel heroischen Widerstandes zu geben.

Seine Rede vor dem Gericht rief unter den Parteimitgliedern ein ungeheures Echo hervor. Sie eroberte die Herzen der österreichischen Arbeiter, denn aus ihr erhob sich das Bild eines großen Charakters, eines vollkommenen selbstlosen Menschen, der sich leidenschaftlich der Idee des sozialistischen Internationalismus verschrieben hatte. In der Tat bestimmte diese Rede den moralischen Stand des österreichischen Sozialismus für die nächsten Dekaden, bis die Bewegung vom Faschismus in einem Meer von Blut ertränkt wurde.

Adler wurde zum Tod durch Erhängen verurteilt. Aber angesichts des militanten Geistes, den seine Rede unter der Arbeiterschaft zum Leben erweckt hatte, wagte die Regierung nicht, die Strafe zu vollziehen. Sie wurde in 18 Jahre Kerkerhaft umgewandelt.

Zu Beginn der Revolution 1918 aus dem Gefängnis entlassen, lag es wieder einmal in der Bestimmung Friedrich Adlers, eine entscheidende Rolle in der Geschichte des österreichischen Sozialismus zu spielen. Die Kommunisten boten ihm die Führerschaft über ihre gerade in der Bildung begriffene Partei an. Er jedoch verwarf den Vorschlag, der Sache des demokratischen Sozialismus abtrünnig zu werden. Im Gegenteil: Er bekämpfte unermüdlich die Kommunisten. Zweimal während des Jahres 1919

versuchten die Kommunisten durch eine bewaffnete Erhebung die Macht zu ergreifen, und zu einem großen Teil war es auf Adlers Überredungsgewalt und seine große Popularität, derer er sich unter den Arbeitern erfreute, zurückzuführen, daß die kommunistische Flut abgewehrt und die junge Republik vor einer Ungarn ähnlichen Katastrophe bewahrt werden konnte.

Aber Adlers hauptsächlichliche Sorge und Bemühung galt nach dem Kriege der Internationale. Die Zweite Internationale war zerstört, ihre hauptsächlichlichen Parteien gespalten, während Lenin sich beeilte, die kommunistische Internationale zu begründen. Eine zeitlang glaubte Adler, daß es noch möglich sei, die Arbeiterbewegungen wiederzuvereinen und eine allumfassende Internationale erneut ins Leben zu rufen.

Der Versuch schlug fehl, denn Lenin war entschlossen, die gesamte Sozialdemokratie zu zerstören. Adler faßte darauf den Entschluß, die Wiedervereinigung der Parteien des demokratischen Sozialismus zu fördern und dabei zu helfen. Auf dem Kongreß in Hamburg, Mai 1923, wurde die Internationale unter dem Namen "Arbeiter- und Sozialistische Internationale" wiederbegründet. Adler wurde einstimmig zum Sekretär gewählt.

Er war während einer der schwierigsten Perioden in der Geschichte der Internationale im Amt. Der Demokratische Sozialismus wurde vom Kommunismus und vom Faschismus gleichermaßen brutal bekämpft, und ein Land nach dem anderen fiel der faschistischen Eroberung zum Opfer, was zur Zerstörung vieler Mitgliedsparteien der Internationale führte. Am Vorabend des zweiten Weltkrieges war die Internationale nur mehr eine Art Rumpf, und als Hitler im Krieg den Rest des europäischen Kontinents eroberte, wurde die Internationale arbeitsunfähig und löste sich auf.

Adler entkam dem Untergang Europas und ging nach Amerika, wo er sich der Hilfe und Rettung für sozialistische Flüchtlinge in Südfrankreich widmete. Er sah sein Lebenswerk in Trümmern, viele seiner Freunde von den Nazis getötet und seine Hoffnungen bitter enttäuscht. Doch selbst in den dunkelsten Stunden der Niederlage blieb sein Glaube an den endgültigen Sieg des Sozialismus ungebrochen.

Mit zerstörter Gesundheit kehrte er nach dem Kriege nach Europa zurück und ließ sich in Zürich nieder. Er veröffentlichte einen umfangreichen Band über den väterlichen Briefwechsel mit August Bebel und Karl Kautsky, welcher eine der wertvollsten Quellen zur Geschichte der deutschen und österreichischen sozialistischen Parteien ist.

Auf Grund intellektueller Neigung war Friedrich Adler ein Lehrer. Physiker von Beruf, begann er seine Laufbahn als Dozent an der Universität Zürich und veröffentlichte eine Reihe von Werken über physikalische Probleme. Sogar im Gefängnis schrieb er ein Buch über einige Aspekte der Einsteinschen Relativitätstheorie. Aber im Sozialismus sah er den wahren Zweck seines Lebens. Er lehnte eine ihm vom Senat der Universität Zürich angebotene akademische Stellung ab - er schlug stattdessen Einstein vor - und trat dem Redaktionsstab des Züricher "Volksrechts" bei, zu dessen Mitarbeitern er seit der Gründung der Zeitung im Jahre 1898 gehört hatte. Einige Jahre später, 1911, ging er nach Wien, wo er stellvertretender Sekretär der Sozialistischen Partei Österreichs wurde. Selbst wenn er irrte, und zweifellos tat er dies zu Zeiten, irrte er auf der Seite der Anständigkeit.

Friedrich Adler lebt heute in der Nähe von Zürich. Zu seinem 80. Geburtstag wird der stellvertretende Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Waldemar von Knoeringen, den 80-Jährigen die Glückwünsche der SPD überbringen.

Englands Politik der "weichen Welle" in Nahost

ED - Es ist mehr als nur eines der üblichen Gerüchte, das zur Zeit die Politiker in Amerika und den Hauptstädten des europäischen Festlandes beschäftigt. Ernstzunehmende Experten sprechen ganz offen von dem Abschluß eines geheimen Abkommens zwischen England und dem Irak. Es wird behauptet, der britische Botschafter in Bagdad habe in den letzten Wochen stundenlange Besprechungen mit Iraks Staatschef General Kassem und seinen ausserpolitischen Beratern geführt, die jetzt mit einem für beide Seiten "positiven Ergebnis" zu Ende gekommen seien. Ihnen zufolge werde London der irakischen Armee moderne Waffen und Ausrüstungsgegenstände liefern und außerdem eine großzügige technische und wissenschaftliche Unterstützung beim Aufbau der irakischen Industrie und Landwirtschaft bereitstellen. Der Irak aber verpflichte sich, die bislang vorgenommenen "Unterwanderungen" der britischen Ölprotektorate von Kuwait und Quatar abzustoppen und alle Fragen einer möglichen Verstaatlichung der britischen Ölanlagen im Irak einem gemischten irakisch-britischen Ausschuss zur Prüfung vorzulegen, ehe solche Pläne in die Tat umgesetzt werden.

Solche Nachrichten sind an sich nicht erstaunlich, wenn man sich vergegenwärtigt, wie vorsichtig und zurückhaltend die Briten die innenpolitischen Vorgänge im Lande beobachtet und kommentiert haben. Während die USA und Frankreich und in ihrem Gefolge auch die Bundesrepublik seit Monaten den "kommunistischen Putsch" an die Wand malten und Kassem als eine Marionette Moskaus bezeichneten, hüllte man sich in London in Schweigen und schickte Waffen, Geld und Techniker nach Bagdad. Das britische Foreign Office verfolgte eine Politik, die in allen Punkten im Gegensatz zu der ihrer atlantischen Verbündeten stand. Selbst in den Wochen, da der Irak ständig Verträge aller Art mit den Staaten des Ostblocks abschloß und einzelne Beamte des State Department als letzten Ausweg einen Krieg der Vereinigten Arabischen Republik mit dem Irak befürworteten, zeigte man dem "neuen Verbündeten des Westens" am Nil in London die kalte Schulter und ließ sich durch die Propagandastromen Wassers nicht beirren, den irakischen "Renegaten und Söldner des Kommunismus" mit klug gemischten Dosierungen von diplomatischer Einflußnahme auf die westlichen Partner und betont herzlichen Worten für den Irak zu stützen. Der Austritt des Landes aus dem Sterlingblock kam für die Briten nicht überraschend, war er doch vorher mit den Politikern des Irak abgesprochen.

Es ist kein Zweifel mehr möglich, daß die "policy making group" in London ein entscheidendes Spiel gespielt - und wahrscheinlich für eine gewisse Zeit gewonnen hat. England hat seine wirtschaftlich und politisch gefährdete Position im Nahen Osten wahren können, indem es der veränderten Lage mit der klassischen Geschmeidigkeit seiner Diplomatie Rechnung getragen hatte. Zwar ging dies ohne Zweifel auf Kosten Amerikas und Frankreichs, nicht zu vergessen auch Israels. Aber seit wann hätte dies die "pro-arabische Gruppe" im Londoner Außenministerium beeindruckt? Wenn nicht alle Anzeichen trügen, soll die Niederlage am Suezkanal am Euphrat und Tigris wettgemacht werden. Bis jetzt ist dies glänzend gelungen.

Wissenschaftler fordert:

"Bundesregister für Erbkrankheiten"

H.E. - Als vor mehr als drei Jahren Prof. Dr. Bechert, Direktor des Institutes für theoretische Physik in Mainz und sozialdemokratischer Bundestagsabgeordneter, voraussagte, daß die radioaktive Ver-  
seuchung des Regenwassers bald so bedenklich werden würde, daß man es nicht mehr ungefährdet als Trinkwasser verwenden könne, ließ die Bundesregierung mit unerhörter Bedenkenlosigkeit durch einen ihrer Sprecher verkünden: es seien da ja nur einige wenige Höfe im Hochschwarzwald, in denen Regenwasser als Trinkwasser verwendet werde ...

Und Konrad Adenauer ließ es sich im Bundestagswahlkampf 1957 nicht nehmen, über die Voraussagen Prof. Dr. Becherts zu spotten. Mit seinem unendlichen Sachverstand auf allen Gebieten witzelte der Kanzler mit den 17 Ehrendoktorhüten damals: "Sie haben ja hier in Mainz einen Atomwissenschaftler, der prophezeit ..."

Seither ist die Gefahr der radioaktiven Regenwasserverseuchung auf der ganzen Welt erkannt worden: in Dänemark baut man Filter in die Zisternen auf den Inseln ein, auf denen Regenwasser als Trinkwasser verwandt werden muß. In der Schweiz gibt es einfache Geräte zum Entseuchen des Trinkwassers.

In diesen Tagen nun hat Prof. Dr. Nachtsheim vom Max-Planck-Institut für vergleichende Erbbiologie und Erbpathologie in einem im Bundesgesundheitsblatt veröffentlichten Bericht für ein "Bundesregister für Erbkrankheiten" sich eingesetzt. Mit einem solchen Register, erklärt Prof. Nachtsheim, müsse man versuchen, das Dunkel zu lichten, das bisher über der Frage liegt, welche Folgen die Strahleneinwirkungen auf das menschliche Erbgut haben. Zwar hätten sich bei Tierversuchen bereits eine hohe Strahlenempfindlichkeit des Erbgutes gezeigt, aber die entsprechende strahlengenetische Forschung beim Menschen habe noch kaum begonnen. Nur wenn man sich Klarheit verschaffe über die Ausgangssituation, könne man etwaige Abweichungen von der natürlichen Mutationsrate, also von den normalen Erbveränderungs-Vorgängen beim Menschen durch die Ausstrahlungen im Atomzeitalter erfassen. Und erst dann gewinne man Klarheit über die für das menschliche Erbgut zulässige Strahlendosis.

Einmal mehr zeigt es sich hier, daß die Wissenschaftler die Situation entschieden ernster beurteilen als der Herr Bundeskanzler und seine Bonner Ministerialbürokratie. Das Innenministerium hat, wie Prof. Dr. Bechert in den letzten Haushaltsdebatten erneut mit aller Deutlichkeit feststellte, nur lächerlich geringe Summen für sinnvolle Strahlenschutzmaßnahmen eingesetzt. Die Ausbildung von Ärzten im Strahlenschutz, die Beschaffung von Strahlengeräten, von Schutzkleidung, die Ausstattung der Wasser- und Energieversorgungsbetriebe mit Notversorgungsanlagen - alles das, was als Mindestsicherung der Bevölkerung in Angriff genommen werden müßte, ist im Etat des Herrn Innenministers nur "symbolisch" berücksichtigt worden.

Wahrscheinlich wird man auch Prof. Nachtsheims Anregung nur zur Kenntnis nehmen und in einem Aktenschrank verstauen. Genauso wie die großen Pläne des Herrn Dr. Schröder zum Aufbau wirksamer Schutzvorrichtungen der Zivilbevölkerung im Ernstfalle ...

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel